



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

1. Juli 2009

Auslandsbüro Polen

Leiter: Stephan Raabe

www.kas.de/polen

Die Entdeckung einer neuen Leichtigkeit

**MERKEL UND TUSK GEHEN EINEN PARTNERSCHAFTLICHEN
WEG - EIN PANORAMA DER DEUTSCH-POLNISCHEN
BEZIEHUNGEN 2009**

VON STEPHAN RAABE

**Beitrag für den Polnischen Europakalender, Magazin der Polnischen Robert-
Schuman-Stiftung, Nr. 122/2009**

Das deutsch-polnische Verhältnis ist schwierig. Eigentlich nicht zwischen den Menschen, die sich heute privat begegnen, die miteinander Geschäfte machen oder auf anderen Feldern zusammenarbeiten. Selbst unter Politikern sind die persönlichen Beziehungen, sofern sie miteinander Kontakt pflegen, meist gut. Natürlich erschweren oft Sprachprobleme und manche kulturellen Unterschiede den Kontakt. Aber das sind die gewöhnlichen Umstände.

Was die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen schwierig macht, sind vor allem die Belastungen aus der Geschichte beginnend mit den Teilungen und der fremden Herrschaft über Polen seit dem späten 18. Jahrhundert. Es ist der Zweite Weltkrieg, in dem Polen zwischen den Mülsteinen der großen Nachbarn und totalitären Systeme brutal zerrieben wurde. Es ist die anschließende Westverschiebung Polens auf der Landkarte, die von Sowjetrußland durchgesetzt und von den Westalliierten zumindest vorläufig akzeptiert wurde. Sie setzte eine Vertreibung der einheimischen deutschen und polnischen Bevölkerung in Gang von bisher kaum bekannten Ausmaßen. Es ist schließlich die auf den Weltkrieg folgende Trennung und sehr unterschiedliche Entwicklung in Ost und West im „Kalten Krieg“, die bis ins Jahr 1989 dauerte.

Realistisch betrachtet ist es nicht verwunderlich, dass auch 20 Jahre nach der friedlichen Revolution von 1989 die schwerwiegenden Folgen der langen Trennung und der vielfältigen Fehlentwicklungen im real existierenden Sozialismus noch keineswegs gänzlich überwunden sind. Das erleben wir schmerzlich im ehemals geteilten Deutschland unter Landsleuten. Umso mehr spielt dies auch eine Rolle in der Beziehung zu unserem polnischen Nachbarn. Die Ungleichzeitigkeit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Entwicklung macht sich allenthalben bemerkbar: bei den wirtschaftlichen Daten, im zivilgesellschaftlichen Entwicklungsprozess, im politischen Gefüge bis hinein in die verschiedenen politischen Debatten. Die Ungleichzeitigkeit hat in vielen Bereichen eine Ungleichgewichtigkeit zur Folge, die zum Teil natürlich auch durch die



unterschiedliche Größe der Länder bedingt ist. Insofern ticken wir in Deutschland und Polen in vielfältiger Weise nicht synchron, sondern eben asynchron. Das führt zu Spannungen, aus denen sich – wenn es gut geht – positive Impulse und neue Entwicklungschancen ergeben, die aber – wenn es schlecht geht – zu teils heftigen Missverständnissen, zu Konflikten und Kommunikationsstörungen führen, die das politische Miteinander belasten. Das alles macht die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen schwierig.

Trotzdem haben wir viel erreicht, wovon wir vor 20 Jahren kaum zu träumen wagten. Polen hat sich aus seiner geostrategischen Zwickmühle zwischen Deutschland und Russland befreit, indem es Teil der Nato und EU geworden ist. Wir leben nun in einer tatsächlichen Friedensgemeinschaft freier souveräner Völker zusammen, die uns große Chancen eröffnet. Als Alliierte treten wir gemeinsam für Sicherheit und Frieden in verschiedenen Bereichen der Welt ein. Die sensiblen Fragen bezüglich Grenze und Restitution sind verbindlich geklärt und deshalb nur noch für dumme Populisten ein Grund zum Streit. Auch die Millionen von deutschen Vertriebenen sehen sich am Ziel angekommen, das 1950 in der „Charta der Heimatvertriebenen“ formuliert wurde: der „Schaffung eines geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“.

Auf dieser Grundlage lässt sich aufbauen. Es ist an der Zeit, über die Schwierigkeiten und Interessenunterschieden hinweg die neu gewonnene Leichtigkeit in den deutsch-polnischen Beziehungen zu entdecken, die sich aus den grundlegend positiven Rahmenbedingungen und Entwicklungschancen ergibt. Ob wir diese Chancen in einem partnerschaftlichen Miteinander nutzen oder aber in einem konkurrierenden Gegeneinander verharren wollen, das ist die strategische Grundentscheidung. Donald Tusk und Angela Merkel haben sich für den partnerschaftlichen Weg entschieden. Denn gemeinsam lassen sich die großen Herausforderungen in Bezug auf die Entwicklung der Märkte und Finanzen, der Arbeitsplätze und Sozialsysteme und unserer Sicherheit besser angehen.